

## **Stellungnahme des Vorstandes Bundesverband Seniorpartner in School e.V. zur nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung**

Die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung ist begrüßenswert. Sie ist eine Zusammenführung der engagementpolitischen Überlegungen vieler Ministerien und offenbart damit zugleich ihre Schwäche: das Fehlen eines **autorisierten**, zentralen Ansprechpartners und Koordinators für engagierte Organisationen und Akteure. Eine Internetplattform oder ein „geeignetes Forum“ (S.69) reichen da nicht aus. Unbefriedigende Erfahrungen mit diesem Mangel haben besonders die Organisationen, die mehrere Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements in ihrer Tätigkeit vereinen, z.B. aus den Bereichen demografischer Wandel und Seniorenarbeit (BMFSFJ), Bildung an Schulen (BMBF), Integration (BA), Übergang Schule-Beruf (BMAS), und den dazugehörigen versicherungsrechtlichen Fragen (BMI). Die Ministerien sind gefordert, im Sinne der Effektivität Zuständigkeiten an einer Stelle zu bündeln.

Das Engagement der „Älteren“ wird nahezu ausschließlich unter den Gesichtspunkten Pflege, Versorgung, Betreuung und ökonomischer Nutzen, wie es bei der Herausstellung des THW und SES zum Ausdruck kommt, gesehen.

Es müssen keine **besonderen** Engagementformen für Ältere, die an „ihre im Erwerbsleben gewonnenen Qualifikationen anschließen“, entwickelt werden, wie in Kapitel IV,1 (S.43) gefordert. Vielmehr muss die **selbstverständliche Teilhabe** an der Bewältigung der Herausforderungen unserer Gesellschaft in allen Themenfeldern entsprechend den Bedürfnissen, Interessen und Fähigkeiten der älteren Generation möglich sein. Nicht nur als „Kinderbetreuer, Leihoma oder Leihopa oder bei der Hausaufgabenbetreuung, bei handwerklichen Tätigkeiten oder der Hilfe für Hochaltrige und Demenzkranke“, sondern bei gesellschaftspolitischen Entwürfen, in Bildungseinrichtungen bei gewaltfreier Konfliktlösung und Gewaltprävention und als Bildungsbegleiter zur Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenz der jungen Generation. Die Öffnung der Bildungseinrichtungen für **externe**, qualifizierte bürgerschaftlich Engagierte der Generation 60+ bei der Bewältigung dieser alltäglichen Probleme ist sinnvoll und notwendig. Hier liegt noch ein großes Potential brach. Ausdrücklich zuzustimmen ist der Forderung nach **Qualifizierung** für das Engagement. Zur Teilhabe gehört auch die Beseitigung willkürlicher Altersgrenzen, z.B. bei der Ausübung des Schöffenamtes, Aufhebung der Arbeitsverträge mit Eintritt des Rentenalters oder die Zwangspensionierung in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes und bei Beamten.

In wenigen Jahren wird etwa ein Drittel der Bevölkerung zu diesen „Alten“ gehören. Sie werden einen steigenden Einfluss auf Gestaltung und Mitsprache haben. Der Entwurf der Bundesregierung trägt die Handschrift der „aktiven“ Generation, also der 30 bis 60jährigen. Die Verantwortlichen täten gut daran, die Generation 60+ entsprechend ihrer Relevanz an den Überlegungen über **die Zukunft der Gesellschaft** angemessen zu beteiligen. Leider finden sich hierzu nur wenige **konkrete** Vorschläge. Es fehlen auch Hinweise, wie Initiativen, die auf diesem Gebiet schon seit Jahren **erfolgreich** tätig sind (ausgenommen die Mehrgenerationenhäuser, die ausdrücklich erwähnt werden), wahrgenommen und gefördert werden können.

Empfehlenswert ist eine Analyse aller **bundesweit** tätigen ehrenamtlichen Initiativen im Hinblick auf ihre Inhalte, Organisation und Qualifikation, um daraus entsprechende Förderungsmaßnahmen zu entwickeln.

Im Namen des Bundesvorstandes Seniorpartner in School e.V.

Dr. Friedrich Wrede  
2. Vorsitzender